



Tagesbericht

10. Oktober 1953

Informationsdienst Nr. 1090 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 173–188 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Anlage 1: Stimmen zum Prozess gegen ehemalige Leitungskader der Zwickauer Steinkohlewirtschaft.

Anlage 2: Stimmen zum KgU-Prozess in Magdeburg.

Anlage 3: Stimmen zum KgU-Prozess in Leipzig.

Anlage 4: Bericht zum Prozess gegen ehemalige Leitungskader von Zeiss Jena.

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Wenn auch noch nicht in breitem Ausmaße, so werden doch mehr und mehr Stimmen über die Wahl des Präsidenten in der Republik laut. Diese sind nach vorliegenden Berichten überwiegend positiv.

So sagte ein Schlossermeister vom Waggonbau Gotha/Erfurt: »Ich begrüße den 4. Jahrestag der Gründung der DDR und die Neuwahl unseres Präsidenten Wilhelm Pieck.¹ Denn er hat bisher sein ganzes Leben für die Arbeiterklasse und das deutsche Volk eingesetzt.«

Ein Arbeiter aus den Textilwerken Forst/Cottbus: »Auf der Volkskammertagung wurde Wilhelm Pieck wieder als Präsident unserer Republik gewählt. Wenn jemand behauptet, diese Wahl sei eine abgemachte Sache gewesen, so können wir denjenigen nur als einen Feind unserer Regierung bezeichnen. Jeder ehrliche Deutsche wird über die Wiederwahl unseres Präsidenten erfreut sein. Wir wollen hoffen, dass Wilhelm Pieck noch recht lange für unsere Republik schaffen kann.«

Bei der Sammlung von Unterschriften für ein Grußtelegramm sagte ein älterer parteiloser Wismut-Kumpel: »In meinem Leben hatte ich schon viele Staatsoberhäupter, aber alle haben mit einem Krieg geendet [sic!]. Unser Präsident Wilhelm Pieck will den Frieden und hat ihn bis jetzt immer vertreten, so will ich gerne meine Unterschrift für seine Wiederwahl geben.«

Negative Stimmen, die allerdings weniger verbreitet sind, resultieren in der Regel aus einer Unkenntnis der Verfassung, denn sie meinen, den Präsidenten hätte das ganze Volk wählen müssen.² Ein Angestellter von der Schiffsreparaturwerft Stralsund sagte: »Es ist nicht richtig, dass die Volkskammer den Präsidenten wählte. Im Westen waren die Wahlen bedeutend richtiger als bei uns.«

Bei der Vorbereitung des Tages der Aktivisten machen sich in einigen Betrieben verstärkt falsche Auffassungen über die Aktivisten-Ehrung und Tendenzen der Gleichmacherei bemerkbar. So berichtet Dresden: Im Gartenbaubetrieb Nieschütz/Dresden organisierten negative Elemente eine Unterschriftensammlung für eine Resolution, in der gefordert wird, die Prämiegelder gleichmäßig unter der Belegschaft zu verteilen. 60 % der Belegschaft unterschrieben diese Resolution. In der Maschinenfabrik Bischofswerda/Dresden³ stützt sich die BGL bei der Auswahl der Aktivistenvorschläge ausschließlich auf die fachlichen Leistungen und lässt die politische Aktivität vollkommen außer Acht. In einer Abteilung des VEB Kodak Berlin-Köpenick fordern Frauen eine Weihnachtsgratifikation für alle anstatt einer Prämierung einzelner Aktivisten. In letzter Zeit mehren sich Klagen volkseigener Betriebe über akuten Materialmangel, der ernste Folgen verursacht. Im Kalischacht »Thomas Müntzer« Worbis/Erfurt ist die Planerfüllung gefährdet, weil die elementarsten Arbeitsmaterialien wie Seile, Schrauben, Nieten, Flacheisen einfach nicht zu beschaffen sind. Im Werkstoffprüfmaschinenwerk Leipzig ist die Erfüllung von Exportaufträgen nach China gefährdet, weil Rohmaterial fehlt. Das TEWA-Drahtwerk Finsterwalde/Cottbus hat aus gleichem Grunde seinen Quartalsplan nur zu 55 % erfüllen können. Im Bezirk Schwerin kann das Wohnungsbauprogramm für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auch nicht annähernd erfüllt werden. Es mangelt an Bauarbeitern, aber auch an Baumaterial, bedingt durch den *akuten Transportraumangel*.

Die Unzufriedenheit der Werk tätigen über die Stromsperren und die dadurch bedingte Nachtschicht in vielen Betrieben führte in Crimmitschau/Karl-Marx-Stadt soweit, dass nicht wenige Arbeiter von volkseigenen Betrieben zu Privatfirmen überwechseln, weil diese eigene Stromaggregate besitzen und keine Nachtschicht haben.

Im Mansfeld-Kombinat »Wilhelm Pieck« sind die Arbeiter über das dort angewandte starre Normensystem unzufrieden. Durch unvorhergesehene örtliche geologische Einflüsse wird die Arbeit zuweilen derartig erschwert, sodass die Normen auch nicht annähernd erfüllt werden können. In solchen Fällen müsse man die Normen verändern.

Die Arbeiter des Treuhandbetriebes Dorow-Plattenwerk Sperenberg/Potsdam, die alle nach den Lohngruppen I bis IV entlohnt werden, haben nach der Lohnerhöhung⁴ eine positive Meinung zum neuen Kurs.

Im VEB Bekleidungswerk Sonneberg, Zweigbetrieb Ilmenau/Suhl, legten am 6.10.1953 alle Arbeiterinnen wegen Normen- und Lohndifferenzen für zwei Stunden die Arbeit nieder. Örtliche FDGB-Funktionäre sind bis heute noch nicht in diesem Betrieb gewesen.

Die Gerüchte in der Wismut AG – wir berichteten bereits darüber – nehmen immer größere Ausmaße an.⁵ Die Agitation der Parteioorganisationen ist völlig ungenügend, so wird aus dem Wismut-Gebiet gemeldet.

b) Handel und Versorgung

Schwierigkeiten in der Versorgung mit Einkellerungskartoffeln werden aus den Bezirken Cottbus, Suhl, Dresden und Neubrandenburg berichtet. *Als Grund wird in allen Fällen Waggonmangel angegeben.* Teilweise tritt in Erscheinung, dass Einkellerungskartoffeln an den Verbraucher noch nicht ausgeliefert wurden, kleinere Mengen für den täglichen Verbrauch von der Bevölkerung in den Geschäften aber nicht zu haben sind.

Im Bezirk Halle wird stark über die Importweitrauben diskutiert. Aufgrund der hohen Preise können diese nicht abgesetzt werden, wodurch bereits größere Mengen schlecht wurden. Dazu äußert sich die Bevölkerung: »Lieber kann das Zeug verfaulen, ehe man es uns rechtzeitig für billigeres Geld geben würde.«

c) Landwirtschaft

In vielen Gemeinden haben am 7. Oktober keine Feierstunden stattgefunden, oftmals dadurch bedingt, dass Bauern mit dringenden Feldarbeiten beschäftigt waren.

Von der LPG Wölsickendorf/Frankfurt wurde unseren Präsidenten ein Telegramm zugesandt, in welchem der Dank für die Hilfe und Unterstützung ausgesprochen wird. Das Soll ist bereits erfüllt, 38 Schweine wurden auf freie Spitzen⁶ geliefert, 93 weitere Schweine zu liefern verpflichtet sich die LPG.

Im Kreis Bützow/Schwerin verpflichteten sich anlässlich der Wahl des Präsidenten Wilhelm Pieck Genossenschaftsbauern und werktätige Bauern, insgesamt 148 000 Liter Milch, 800 kg Schweinefleisch, 4 000 Eier und 226 Schweine auf freie Spitzen zu liefern.

Aus den Bezirken Schwerin und Rostock werden noch immer Schwierigkeiten in der Ersatzteilbelieferung für die MTS berichtet.

In Frankfurt wird teilweise eine verstärkte feindliche Einstellung gegen die LPG festgestellt. Hervorgehoben wird zum überwiegenden Teil durch die sich zeigenden Erfolge der LPG. So äußern sich z. B. Bauern aus Karlsbiese/Frankfurt, dass ihr Weg ein anderer sei als der der LPG.

Missstimmung herrscht in der LPG Prenzlitz⁷/Potsdam über den Anbauplan 1954, wonach 18 verschiedene Kulturarten, die sich wiederum in verschiedene Gemüsearten unterteilen, angebaut werden sollen.

In den Bezirken Cottbus, Suhl und Erfurt wird stark über die mangelhafte Düngerzuweisung diskutiert. So z. B. brachten Bauern aus Birkungen/Erfurt in einer Versammlung zum Ausdruck, dass sie, um an der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung mitzuhelfen, ebensoviel Dünger benötigen wie die LPG. Vereinzelt tritt in Magdeburg in Erscheinung, dass Groß- und Mittelbauern versuchen, mit Diskussionen wie »nur 80 % abzuliefern, da noch eine Sollherabsetzung kommt«, werktätige Bauern zu beeinflussen.

Aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Dresden und Halle wird berichtet, dass negative Diskussionen über durchgeführte Stromabschaltungen besonders in der Landwirtschaft weiterhin anhalten.

Unter den Bauern der Grenzkreise (5-km-Zone) in den Bezirken Gera und Erfurt herrscht Missstimmung, da die bisherigen Vergünstigungen (Sollherabsetzung), die laut Verfügung (unterzeichnet von Zaisser) bisher gewährt wurden, in diesem Jahr wegfallen.⁸ Von den Bauern wird zum Ausdruck gebracht, dass, obwohl die Verfügung noch in Kraft ist, sie trotzdem keine Sollermäßigung erhalten, die Einschränkungen aber aufrechterhalten werden.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Wie aus vorliegenden Berichten zu ersehen ist, wird allgemein über die Wahl unseres Präsidenten Wilhelm Pieck nur in geringem Maße diskutiert. Dazu muss bemerkt werden, dass der überwiegende Teil der bekannt gewordenen Stimmen positiv ist. Negative Stimmen, die vereinzelt in Erscheinung treten, besagen in der Regel, dass der Präsident vom ganzen Volk gewählt hätte werden müssen. Nachfolgend einige Beispiele:

Ein Angestellter aus Nordhausen: »Dass der Präsident Wilhelm Pieck wieder gewählt werden würde, war uns schon vorher klar. Denn es kann sein wie es will, Wilhelm Pieck ist immer noch der Ehrlichste und hat in den vier Jahren seiner Amtszeit schon sehr viel geleistet.«

Eine Hausfrau aus Cottbus: »Die Liebe und das Vertrauen, das unser Präsident Wilhelm Pieck genießt, kommt durch die gewählte Volkskammervvertretung zum Ausdruck. Zu seiner neuen Amtsperiode wünsche ich ihm viel Glück und Erfolg.«

Eine Hausfrau aus Rostock: »In seiner vierjährigen Amtszeit hat unser Präsident Wilhelm Pieck schon sehr viel geleistet. Als Arbeiterkind ist er allgemein beliebt. Mit der Durchführung des neuen Kurses wird auch der Teil der Bevölkerung, die zurzeit noch abseits stehen [sic!], Vertrauen zum Präsidenten und unserer Regierung bekommen.«

Eine Hausfrau aus Kühlungsborn: »Die Wahl des Präsidenten hätte unter Beteiligung aller Deutschen durchgeführt werden müssen.«

In Raguhn/Halle wurde vereinzelt über die Verteilung der Nationalpreise diskutiert, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, dass einzelne Personen 100 000 DM erhalten, Rentner aber mit 65,00 DM auskommen müssten.

Organisierte Feindseligkeit

Im Bezirk Schwerin wurden an 12 volkseigene Betriebe fingierte Einladungen (ND, Bezirksredaktion) gesandt, worin zum Ausdruck kommt, dass eine Besprechung stattfindet, an der auch Genosse Walter Ulbricht teilnimmt, Reisekosten und Arbeitsausfall würden bezahlt.

Flugblattfunde werden vereinzelt aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Gera; in größeren Mengen aus den Bezirken Magdeburg und Cottbus berichtet.

Einschätzung der Situation

Trotz der Gleichgültigkeit breiter Kreise der Bevölkerung mehren sich in den Betrieben und auch bei den übrigen Schichten der Bevölkerung die Stimmen, die die Wiederwahl Wilhelm Piecks als Präsident der Republik freudig begrüßen. Negative Elemente vergleichen diese Wahl mit den westdeutschen Bundestagswahlen und versteifen sich in der Behauptung, der Präsident hätte durch das Volk direkt gewählt werden müssen, und die Wahl durch die Volkskammer wäre undemokratisch. Unaufgeklärte Menschen, die mit unserer Verfassung nicht vertraut sind, reden diese feindlichen Parolen nach. Allerdings sind diese Stimmen nicht sehr verbreitet, außer [in] den Bezirken Rostock und Schwerin, wo sie etwas häufiger vorkommen.

Die Verärgerung der Bevölkerung über die Stromsperrungen nimmt zu und hat örtlich ernste Folgen. In Betrieben werden nach wie vor bei der Diskussion über die Aktivistenanschläge Tendenzen der Gleichmacherei laut.

Des Öfteren muss festgestellt werden, dass Transportmangel Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kartoffeln, Kohlen und in der Rohstoffversorgung der Industrie verursachen.

Anlage 1 vom 10.10.1953 zum Informationsdienst Nr. 1090

Stimmungsberichte aus der Bevölkerung über den Prozess gegen die Schädlingsgruppe im Zwickauer Steinkohlenrevier

Über die im Prozess angeklagten Personen wird verhältnismäßig wenig diskutiert.⁹ Die Ursache ist die, dass in den Tageszeitungen nur ein Auszug und das Urteil bekannt gegeben wurde, obwohl in der »Freien Presse« und »Volksstimme« angekündigt wurde, laufend Veröffentlichungen über den Verlauf des Prozesses zu bringen.¹⁰

Fast in allen uns bekannten Äußerungen in dieser Angelegenheit wird zum Ausdruck gebracht, dass die Urteile zu »mild« ausgefallen sind und nicht dem von ihnen verursachten Schaden entsprechen. Weiterhin äußert ein großer Teil darüber Unzufriedenheit, dass der Prozess nicht im Steinkohlenrevier stattfand. Andere bringen zum Ausdruck, was mit den im Prozess ungenannten Personen wie [Name 1] u. a. geschehen ist. Die technische Intelligenz verhielt sich ruhig und abwartend. Bei der alten Intelligenz hörte man keinerlei Diskussionen über diesen Prozess. Einige Intelligenzler äußerten, dass sie von den Angeklagten Fleischer¹¹ und Kappler¹² so mit Arbeit überlastet wurden, dass sie zu nichts anderem Zeit finden konnten. Weiterhin sei [es] schwer gewesen, an ihnen irgendeine Kritik zu üben. Sie verstanden es, sich dagegen gut zu schützen. Im Umgang mit den Arbeitern waren sie herrisch und stark überheblich. Einzelne versuchen die Angeklagten als unschuldig bzw. weniger belastet hinzustellen. Dazu einige Beispiele:

Kollege [Name 2], »Karl-Liebknecht-Werk«: »Ich kann nicht verstehen, dass sich diese Schädlinge so lange verbergen konnten und dass nicht ein Todesurteil oder lebenslänglich gefällt wurde, obwohl sich ein Teil der Angeklagten am Tode von 48 Kumpel mit schuldig machte.«¹³

Hausfrau [Vorname Name 3], wohnhaft: Oelsnitz/Erzgebirge, [Straße Nr.]: »Diesen Verbrechern gehört zum größten Teil der Kopf herunter, denn sie haben 48 Familien Tränen gebracht.«

Jugendfreund [Name 4], beschäftigt [im] Werk »Deutschland«:¹⁴ »Von¹⁵ den Jugendfreunden, mit denen ich sprach, sagten alle, dass hier zu mild abgeurteilt wurde. Diese Verbrecher haben bewusst sabotiert und das Leben von 48 Kumpel auf dem Gewissen. Kleinere Vergehen werden viel härter bestraft und hier gibt man nur 15 Jahre Zuchthaus als Höchststrafe.«

Kollege [Name 5], beschäftigt [in der] Lohnrechnung »Martin-Hoop-Werk«: »Dem Verbrechen nach, was diese Lumpen begangen haben, sind *Fleischer* und *Kappler* nicht mehr wert als den Tod.«

Ähnliche Äußerungen (Strafen zu niedrig) wurden noch von folgenden Personen getan:

- Kollege [Name 6], beschäftigt auf der Halde des »Karl-Liebknecht-Werkes«,
- Kollege [Vorname Name 7], Tagearbeiter im »Karl-Liebknecht-Werk«,
- Kollege [Vorname Name 8], beschäftigt auf der Halde des »Karl-Liebknecht-Werkes«,
- Kollege [Vorname Name 9], beschäftigt im »Karl-Liebknecht-Werk«, Untertagekumpel,
- Genosse [Name 10], »Rudolf-Breitscheid-Schacht«,
- Kollege [Name 11, Vorname], beschäftigt im Werk »Deutschland«,
- Kollege [Vorname Name 12], Arbeitsschutzleiter im »Karl-Liebknecht-Werk«,
- Kollege Keckstein, Leiter der technischen Bergbauinspektion (parteilos),
- Kollege [Name 13], Arbeitsschutzinspekteur.

Kollege [Vorname Name 14], Grubenarbeiter im »Martin-Hoop-Werk«: »40 Kumpel haben durch diese Banausen ihr Leben gelassen. Hundert mussten unter den schwierigsten Bedingungen arbeiten. Millionen Tonnen Kohle stecken in der Erde, die nicht geborgen werden können. Dies alles spielte sich in unserem Werk ab. Warum berichten unsere Zeitungen nichts über diesen Prozess? Warum wurden *Fleischer* und *Kappler* nicht zum Tode verurteilt? Was ist mit [Name 1] und Konsorten und warum wurden sie nicht mit im Prozess aufgeführt?«

Ingenieur [Name 15], »Martin-Hoop-Werk«: »Warum hat man denn in der Zeitung überhaupt nichts geschrieben, denn bei uns und in der VVB hat es noch mehrere kleine »Kapplers« gegeben wie [Name 1] u. a. Warum hat man diese im Prozess nicht mit aufgeführt? Wenn man die entlassen hat, weiß ich nicht, was eigentlich los ist. Diese Lumpen haben mir als Techniker selbst das Leben schwer gemacht.«

Genosse [Name 16] vom »Karl-Marx-Werk«: »Warum wurde im Prozess *Fleischer* u. a. nur das Urteil bekannt gegeben. Wir Kumpel haben alle geglaubt, dass eine ausführliche Bekanntgabe über die Steinkohlensaboteure erfolgt. Wir hoffen, dass dies noch nachgeholt wird.«

Ähnlich äußerten sich dazu noch folgende Personen:

- Genosse [Name 17] vom »Martin-Hoop-Werk«,
- Kollege [Name 18], »Martin-Hoop-Werk«
- Kollege [Name 19] »Martin-Hoop-Werk«

Genosse Schindhelm, Instrukteur der SED: »Der Genosse Schreiber war in Halle beim Bundesvorstand des FDGB und nahm in Berlin im Beisein von den¹⁶ Genossen Sobottka¹⁷ und Fritsch¹⁸ Stellung gegen *Fleischer* (vor der Verhaftung) und stellte ihn als Agent hin. Dies hat ihm aber niemand geglaubt.«

Genosse Adolf Hennecke:¹⁹ »Sieh dir das an. Das ist unsere Intelligenz, in die wir soviel Vertrauen gesetzt haben. Im Kapitalismus erhielten diese Strolche 300 Mark. Heute bekommen sie bei uns 2 000 DM und Zucker in den Arsch geblasen. Damit sind sie immer noch nicht zufrieden. Was wollen die denn noch.« Genosse Hennecke äußerte weiterhin zu drei Ingenieuren der Steinkohlenindustrie: »Ihr habt es an der nötigen Wachsamkeit fehlen lassen.«

Ingenieur (Name unbekannt, 53 Jahre): »Es war nicht so leicht, *Fleischer* zu durchschauen, wir erhielten soviel Arbeit, dass wir Not hatten, dies zu schaffen. Uns blieb wenig Zeit, uns mit solchen Zusammenhängen zu befassen.«

Ingenieur (Name unbekannt): »Gegen Fleischer anzugehen war sehr schwer. Überall wurden konkrete Beweise verlangt, und da man sie nicht hatte, wurde einem gesagt, ›dann müssen wir es noch entwickeln lassen‹, ein Kumpel wurde gar nicht erst angehört. Mit seiner Kritik prallte er gegen eine Wand. Dies ist der größte Fehler, welcher auch heute noch nicht beseitigt ist.«

Ingenieur [Name 20], Zwickauer Steinkohlenrevier: »Es war schwer an *Fleischer* und *Kappler* irgendwelche Kritik anzusetzen, da diese verstanden, sich klug zu tarnen. Diese beiden und Hertel²⁰ waren herrisch und stark überheblich im Umgang mit Arbeitern und Angestellten. Die Angeklagten sollen sich ja nicht wieder im Zwickauer Gebiet sehen lassen. Da würde man sie totschiessen.«

Paul Warg, Abteilungsleiter der Vorplanung »Karl-Marx-Werk« Zwickau (sinngemäß): »Der Obersteiger Fankhähnel²¹ hat doch keine Verbrechen begangen und hat auch immer seine ganze Kraft eingesetzt.« Alfred Unger, Arbeitsdirektor »Karl-Marx-Werk« Zwickau, äußerte das Gleiche wie Warg.

Genosse Adolf Hennecke: »Verschiedene Personen in Freiberg stellen die Angeklagten Fleischer und Kappler als Märtyrer hin. Sie sagen, früher war es schon so gewesen, dass man Menschengeständnisse erpresste und heute sei es auch nicht viel anders.«

Ingenieur (Name unbekannt): »Durch offene Propagierung des Prozesses wird das Ansehen und der Ruf der Intelligenz herabgemindert. Dies führt zu einer Kluft zwischen Arbeiter und Intelligenz. Deshalb soll man lieber davon absehen.«

Anlage 2 vom 10.10.1953 zum Informationsdienst Nr. 1090

Stimmungsberichte aus der Bevölkerung über den Prozess gegen sieben Agenten der KGU²² in Magdeburg

Unter der Bevölkerung von Magdeburg wird über den Spionageprozess²³ nicht besonders stark diskutiert. Der Grund ist darin zu suchen, dass in der Presse nicht eingehend zu diesem Prozess Stellung genommen wurde. Es liegen lediglich aus dem »Ernst-Thälmann-Werk« und »Georgi-Dimitroff-Werk« Magdeburg Stellungnahmen vor. In den uns bekannten Stellungnahmen wird fast ausschließlich die feindliche Tätigkeit der Agenten erkannt und ihre Handlungsweise aufs Schärfste verurteilt. Dabei bringt man zum Ausdruck, dass solche Elemente nicht hart genug verurteilt werden können.

Nur einzelne Personen sind sich über die Gefährlichkeit dieser Agenten noch nicht voll bewusst und äußern, dass diese Urteile nur als Abschreckung dienen, damit keiner seine wahre Meinung zum Ausdruck bringt. Dazu einige Beispiele:

[Vorname Name 1] aus Magdeburg, beschäftigt als Planer, Mitglied der SED: »Wer sich am Volkseigentum vergeht, muss damit rechnen, dass ihn die härteste Strafe trifft. Besonders im Fall Genrich²⁴ vertrete ich den Standpunkt, dass die ausgesprochene Strafe unbedingt zu Recht besteht. Er ist mir bereits aus den Jahren 1928 bis 1930 als wüster Rowdy bekannt und ich kann nicht begreifen, dass solche Menschen in der NDPD einflussreiche Funktionen erhalten können. Wer mit ihm in Berührung kommt, muss sofort sehen, was für ein Mensch er ist.«

Kollege [Name 2], beschäftigt als Dispatcher im »Ernst-Thälmann-Werk« Magdeburg, parteilos, früher NSDAP-Mitglied: »Man kann den Geßler²⁵ nicht hart genug bestrafen. Die Todesstrafe wäre viel zu wenig für ihn. Er wollte Volkseigentum vernichten und dadurch viele Kollegen um ihr Brot bringen.«

Kollege [Name 3], Wettbewerbssachbearbeiter in der großen Schmiede »Ernst-Thälmann-Werk«, Mitglied der SED: »Ich sowie die anderen Kollegen der Schmiede sind der Meinung, dass mit solchen Subjekten wie Geßler und Konsorten kurzer Prozess gemacht werden muss.« Das Gleiche äußerte auch Kollege [Name 4], AGL-Vorsitzender »Ernst-Thälmann-Werk«, Mitglied der SED.

Kollege [Name 5], beschäftigt [in der] Zimmerei des »Ernst-Thälmann-Werkes«: »Ich war erfreut über den guten und sachlichen Verlauf der Verhandlungen. Habe jedoch festgestellt, dass die Verteidiger in der politischen Entwicklung hinterherhinken. Alle Verteidiger brachten während des Prozesses zum Ausdruck, dass die Verbrecher mit der politischen Entwicklung nicht mitgekommen wären. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Verbrecher waren politisch sehr gut unterrichtet und haben sich deswegen auch gut getarnt.«

Ein Kollege (Name unbekannt) des »Ernst-Thälmann-Werkes«: »Wir können nicht wachsam genug sein und müssen aus diesem Prozess lernen. Ebenfalls kann man auch nicht sagen, man habe nichts gewusst und auch nicht so urteilen wie die Verteidiger, welche die Verbrecher als nicht politisch geschult hinstellen.«

Kollege [Name 6], Hobler im »Ernst-Thälmann-Werk«, Betrieb 13, parteilos: »Ein großer Teil der Kollegen hat sich über das Urteil keine Gedanken gemacht, aber die meisten halten die harte Bestrafung für richtig.«

[Vorname Name 7], Dreher im »Ernst-Thälmann-Werk«, Betrieb 13, parteilos: »Es ist eine reine Angst, die in diesem Prozess zutage tritt. Sie wollen mit diesen Urteilen die Menschen nur abschrecken, damit keiner mehr die wahre Meinung sagt.«

[Vorname Name 8], »Georgi-Dimitroff-Werk«, Mitglied der SED: »Wir müssen endlich einmal aus den Vorkommnissen der letzten Zeit (Prozess Magdeburg) die Lehren ziehen. So auch bei der Wiederaufnahme in die SED des [Name 9, Vorname]. ([Name 9] war in eine Unterschlagungsaffäre verwickelt, wurde aus der Partei ausgeschlossen, setzte sich daraufhin nach dem Westen ab, kam jedoch wieder zurück.) Wir können von hier aus nicht feststellen, ob [Name 9] von westlichen Agenten beauftragt wurde.« (Von den anwesenden 48 Mitgliedern stimmten 4 Genossen für die Wiederaufnahme, 5 dagegen und 39 enthielten sich der Stimme.)

Anlage 3 vom 10.10.1953 zum Informationsdienst Nr. 1090

Stimmungsberichte aus der Bevölkerung über den Prozess gegen sieben Agenten derKgU in Leipzig

In Leipzig wird über den stattgefundenen Prozess²⁶ nicht groß gesprochen. Die Ursache liegt darin, dass selbiger in der Presse nicht eingehend popularisiert wurde. Selbst in Espenhain, wo der Bruder des Gnichtel wohnt, wird so gut wie gar nicht darüber diskutiert. Aus den uns bekannten Stellungnahmen ist zu ersehen, dass die Arbeiter der Abteilung Kraftfahrer des Kombinats Espenhain die Verurteilung des *Gnichtel*²⁷ und Konsorten für richtig befinden und auch mit der Höhe des Strafmaßes einverstanden sind. Es wird jedoch stark kritisiert, dass dieser Prozess nicht unter den Arbeitern ausgewertet wird. Sie sagen, dass sie ein Recht haben zu erfahren, was das für Verbrecher waren. Man soll dafür sorgen, dass die Kumpel bald etwas Näheres über diesen Prozess zu hören bekommen.

Genosse [Name 1] und [Name 2], Abteilung Kraftfahrer des Kombinats Espenhain: »Hoffentlich erfahren wir Kumpel bald etwas Näheres über diesen Prozess. Unseres Erachtens nach müsste es die Aufgabe der Massenorganisationen sein, dies zu tun.«

Kollege [Name 3], Abteilung Kraftfahrer; Kombinat Espenhain: »Für mich gibt es so etwas nicht. Ich würde mich in so eine Sache nicht einlassen. Die Leute, die sich mit solchen Dingen beschäftigen, setzten ihr Leben aufs Spiel. Ich finde die Strafe voll gerechtfertigt.«

Genosse [Name 4], Kombinat Espenhain: »Ich sprach die Omnibusfahrer persönlich an. Musste jedoch feststellen, dass die dort beschäftigten parteilosen und indifferenten Kollegen selbst auf direktes Ansprechen nichts sagen. Es wird dort ganz wenig darüber gesprochen.«

Kollege [Name 5], Kombinat Espenhain: »Die Aburteilung der Agenten ist richtig, aber die Strafe ist zu hoch. Eine Strafe von ein bis zwei Jahren hätte auch genügt.«

Anlage 4 vom 10.10.1953 zum Informationsdienst Nr. 1090

Stimmungsbericht über den Prozess gegen die Agentengruppe von Zeiss/Jena in Gera am 5. und 6. Oktober 1953

Über den Prozess²⁸ sind keine Äußerungen bei der Bevölkerung bekannt, da dieser unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Bis heute wurde darüber auch noch nichts in der Presse veröffentlicht. In Jena/Gera ist noch nichts bekannt, dass ein Prozess stattgefunden hat.

Ein Zeuge dieses Prozesses (Name unbekannt) teilte mit: »Der Prozess ist unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden, deshalb kann ich auch nichts sagen. Nur soviel soll erwähnt werden, dass es dabei sehr korrekt zugegangen ist und keiner wurde in seiner Meinung beschnitten.

Jeder hat seinen Anwalt gehabt und konnte sich auch jederzeit orientieren.«

1

Wilhelm Pieck war am 7.10.1953 auf einer gemeinsamen Sitzung der Volkskammer und der Länderkammer zum Präsidenten der DDR einstimmig wiedergewählt worden.

2

Art. 101 Abs. 1 der Verfassung der DDR vom 7.10.1949 lautet: »Der Präsident der Republik wird in gemeinsamer Sitzung von Volkskammer und Länderkammer auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die gemeinsame Sitzung wird vom Präsidenten der Volkskammer einberufen und geleitet.« In: GBl. 1949, S. 5–16, hier 13.

3

Landmaschinenfabrik Bischofswerda, Teilbetrieb des VEB »Fortschritt« Erntebergungsmaschinen mit Sitz in Neustadt/Sachsen.

4

Erhöhung des Arbeitslohnes der Arbeiter der volkseigenen Wirtschaft in den Lohngruppen I bis IV vom 23.7.1953. In: GBl. 1953, S. 885–887.

5

Hintergrund ist die Neugründung der SAG Wismut als paritätische Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) zum 1.1.1954 auf der Grundlage des Abkommens zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR über die Gründung der SDAG Wismut vom 22.8.1953. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Berlin 2011, Bd. 2: Dokumente, S. 194–198. Vgl. auch Information Nr. 1080 v. 29.9.1953, Informationsdienst Nr. 1086 v. 6.10. und Nr. 1089 v. 9.10.1953.

6

Das heißt über das Abgabesoll hinaus.

7

Ein Ort namens Prenzlin lässt sich nicht verifizieren. Gemeint ist wahrscheinlich Kränzlin, Kreis Neuruppin, Bezirk Potsdam.

8

Im Zuge der Abriegelung der Zonengrenze und der gleichzeitigen Schaffung des gestaffelten Systems von Sperrzonen im Mai 1952 wurde der Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser vom Ministerpräsidenten Grotewohl zum Vorsitzenden einer Regierungskommission berufen, die befugt war, alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen durchzuführen sowie »Anordnungen mit bindender Wirkung gegen Jedermann zu treffen und allen staatlichen und wirtschaftlichen Dienststellen Weisungen zu erteilen«. Zaisser an die Innenminister der Länder vom 4.7.1952; BStU, MfS, BdL-Dok. 2642. Die konkrete Weisung zur Sollherabsetzung für die landwirtschaftlichen Betriebe der Fünf-Kilometer-Zone ließ sich nicht ermitteln.

9

Gemeint ist der vom 21. bis 26.9.1953 vor dem Obersten Gericht der DDR stattgefundene Prozess gegen acht ehemalige Leitungskader des sächsischen Steinkohlebergbaus, unter ihnen Otto Fleischer, Nationalpreisträger, vormals SED-Mitglied und Professor an der Bergakademie Freiberg, Wilhelm Kappler, vormals SED-Mitglied und technischer Leiter des Martin-Hoop-Werkes Zwickau, und Hans Hertel, vormals technischer Leiter des Steinkohlenbergwerks »Deutschland« in Oelsnitz, denen »Sabotage« und »Spionage« vorgeworfen wurde. Die meisten Angeklagten waren bereits Ende 1952 verhaftet worden. Das Verfahren war wohl ursprünglich als klassischer stalinistischer Schauprozess konzipiert, wurde aber dann aufgrund der veränderten politischen Großwetterlage faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Angeklagten wurden nach Art. VI der DDR-Verfassung (»Boycott- und Kriegshetze«) zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die DDR-Presse berichtete etwas reduziert, aber ansonsten in einer durchaus für einen Schauprozess typischen Weise. Vgl. »Spionageverbindungen von Adenauers Schwiegersohn bis zum Harriman-Konzern. Prozess gegen ehemalige leitende Angestellte der Steinkohlenindustrie«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 22.9.1953, S. 5. Kurzbericht über das Urteil in: ND v. 29.9.1953, S. 3.

10

»Durch größere Wachsamkeit können solche Verbrechen verhindert werden«. In: Freie Presse, Zeitung der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, v. 1.10.1953, S. 2.

11

Otto Fleischer, Jg. 1901, promovierter Bergbauingenieur, 1930–33 Mitglied der SPD, 1933–45 Leiter von Steinkohlegruben in Beuthen und Kattowitz (Oberschlesien), 1946 Mitglied der SED, 1946–50 technischer Leiter der VVB Steinkohle Zwickau, 1949 Nationalpreis, ab 1950 ordentlicher Professor für Bergbaukunde an der Bergakademie Freiberg, 1950–52 für den Kulturbund Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Im Dezember 1952 Verhaftung unter der Anschuldigung Verbrechen nach SMAD-Befehl 160 (Sabotage) verübt zu haben. Am 28.9.1953 Verurteilung durch den 1. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR zu 15 Jahren Zuchthaus, 1960 Haftentlassung.

12

Wilhelm Kappler, SED-Mitglied, technischer Leiter des Martin-Hoop-Werkes Zwickau, im November 1952 verhaftet. Am 28.9.1953 Verurteilung durch den 1. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR zu 15 Jahren Zuchthaus.

13

Am 19.4.1952 war es im Schacht IV des Martin-Hoop-Werkes Zwickau zu einem Brand gekommen, der zum Tod von 48 Bergleuten führte.

14

Steinkohlenbergwerk »Deutschland« in Oelsnitz.

15

Im Original »Mit«.

16

Im Original »vom«.

17

Gustav Sobottka, Jg. 1886, Bergmann, Altkommunist, 1935–45 Exil in der Sowjetunion, Leiter eines politischen Vortrupps deutscher Kommunisten (»Gruppe Sobottka«), der 1945 unmittelbar nach der Besetzung durch die sowjetische Armee in Mecklenburg-Vorpommern tätig wird; 1945–47 Vizepräsident und 1947/48 Präsident der Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie, 1948/49 Leiter der Hauptverwaltung Kohle bei der DWK, 1949–51 Leiter der Hauptabteilung Kohle im Ministerium für Industrie bzw. Schwerindustrie.

18

Im Original fälschlich »Fritsche«. Max Fritsch, Jg. 1903, SED-Politiker, 1949–51 1. Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Bergbau im FDGE ab 1952 Staatssekretär für Kohle und Energie, ab April 1953 nur noch für Kohle, wurde Anfang August 1953 aus dieser Funktion entlassen, weil ihm die Krise der Energieversorgung im Vorfeld des 17. Juni zur Last gelegt wurde. Vgl. Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie. München 2009, S. 492.

19

Adolf Hennecke, Jg. 1905, Bergmann, seit 1946 SED-Mitglied, profilierte sich am 13.10.1948 mit einer Normerfüllung von 387 % im Steinkohleschacht »Karl Liebknecht« in Oelsnitz in Anlehnung an das sowjetische Vorbild Alexei G. Stachanow als das Vorbild für die Aktivistenbewegung in der SBZ/DDR. Seit 1948 Mitglied der BGL des Liebknecht-Werkes, des Verwaltungsrats der VVB Kohle und des Bundesvorstandes des FDGB, 1949 Nationalpreis, seit 1949 Abgeordneter der Volkskammer, 1951–53 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie bzw. Staatssekretariat für Kohle und Energie, seit April 1953 Staatssekretariat für Kohle.

20

Hans Hertel, Jg. 1904, Bergbauingenieur, seit 1950 technischer Leiter des Steinkohlenbergwerks »Deutschland« in Oelsnitz, im November 1952 verhaftet. Am 28.9.1953 Verurteilung durch den 1. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR zu 12 Jahren Zuchthaus, 1960 Haftentlassung.

21

Bruno Fankhänel wurde am 28.9.1953 vom 1. Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR im selben Prozess wie Fleischer, Kappler und Hertel zu vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

22

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

23

Am 2.10.1953 verurteilte der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Magdeburg sieben Beschuldigte, die der KgU zugeordnet wurden, nach Art. VI der DDR-Verfassung (»Boycott- und Kriegshetze«) zu hohen Strafen. Der Hauptangeklagte Albrecht Geßler erhielt die Todesstrafe. Paul Horney, Krankenpfleger in der Betriebspoliklinik der Filmfabrik Wolfen, Kurt Groß, BGL-Vorsitzender im selben Betrieb, und Walter Genrich wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Drei weitere Angeklagte erhielten respektive zehn, acht und 3½ Jahre Zuchthaus.

24

Walter Genrich, Jg. 1915, seit 1950 NDPD-Mitglied, Angestellter in der Abt. Planung für Handwerk und örtliche Industrie beim Rat der Stadt Magdeburg, Stadtbezirkvorsitzender und Stadtverordneter der NDPD.

25

Albrecht Geßler, Schweißer in der großen Schmiede der SAG Schwermaschinenbau »Ernst Thälmann«. Ihm wurden weitreichende Sabotagevorbereitungen vorgeworfen. Die gegen ihn verhängte Todesstrafe wurde am 20.3.1954 vollstreckt, nachdem Berufung und Gnadengesuch gescheitert waren. Vgl. Lüdicke, Annemarie: Vergessene Schicksale. Festnahmen in Mitteldeutschland 1945–1961. Zerbst 2004, S. 168.

26

Am 1.10.1953 verurteilte der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Leipzig den Elektriker Heinz Gnichtel und den Zahnarzt Rudolf Mühlberg zu lebenslänglichem Zuchthaus, den Kraftfahrer Karl-Heinz Müller und den Veterinärmedizinstudent Walter Schöbe zu je 15 Jahren Zuchthaus, Hans-Joachim Müller zu 12 Jahren, Marianne Gnichtel zu zehn Jahren Zuchthaus und Heinz Andersen zu acht Jahren Zuchthaus. Der sowjetische Innenminister Sergei N. Kruglow hatte am 15.7.1953 in einem Memorandum an den Vorsitzenden des sowjetischen Georgi M. Malenkow vorgeschlagen, gegen die zu diesem Zeitpunkt überwiegend bereits inhaftierten Beschuldigten einen Schauprozess zu führen. Dokumentiert in: Ostermann, Christian F.: This Is Not A Politburo, But A Madhouse. The Post-Stalin Succession Struggle, Soviet Deutschlandpolitik and the SED. New Evidence from Russian, German, and Hungarian Archives. In: Cold War International History Project Bulletin Nr. 10, S. 61–110, hier 107. www.wilsoncenter.net (29.9.2012).

27

Heinz Gnichtel, Jg. 1920, Kraftfahrzeugelektriker in der SAG Kombinat Espenhain. Ihm wurde insbesondere die Weitergabe von betrieblichen Informationen und Unterlagen an die KgU vorgeworfen.

28

In einem am 5.10.1953 eröffneten Geheimprozess verurteilte der 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Gera am 8.10.1953 zehn leitende Mitarbeiter der Zeiss-Werke wegen »Schädlingstätigkeit« zu Zuchthausstrafen zwischen acht und 1½ Jahren. Ursprünglich war ein großer Schauprozess geplant gewesen. Die Festnahmen waren im März 1953 im Auftrag des ZK der SED und der sowjetischen »Freunde« im Rahmen der Staatssicherheitsaktion »Lupe« erfolgt. Ziel war die Entmachtung des alten Managements mit seinen teilweise noch guten Beziehungen zum westlichen »Schwesterbetrieb« in Oberkochen und ihre Ersetzung mit den 1946 in die Sowjetunion deportierten Zeiss-Spezialisten, die nunmehr als zuverlässiger galten. Der als Hauptangeklagter vorgesehene Leiter der Vertriebsabteilung Friedrich Wönne starb am 31.3.1953 in der Untersuchungshaft, wahrscheinlich an den Folgen eines gewalttätigen Verhörs, was insbesondere in Jena zu erheblichen Missstimmungen führte. Die Inszenierung eines Schauprozesses wurde deshalb und auch wegen der immer noch angespannten Stimmungslage in der Belegschaft der Zeiss-Werke als zu riskant betrachtet. Vgl. Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961. München 2000, S. 317–324.